

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, vierteljährlich 5,- RM, halbjährlich 10,- RM, jährlich 20,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanstalten, Postämter und Geschäftsstellen werden nach Möglichkeit bedient. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile des amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf., sonstige, die 4 gespaltene Reklamazeile im textlichen Teile 1 RM. Nachdruckgebühr 20 Pf. Reichsdruckerei. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile des amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf., sonstige, die 4 gespaltene Reklamazeile im textlichen Teile 1 RM. Nachdruckgebühr 20 Pf. Reichsdruckerei.



Wilsdruff, Dresden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile des amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf., sonstige, die 4 gespaltene Reklamazeile im textlichen Teile 1 RM. Nachdruckgebühr 20 Pf. Reichsdruckerei.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 240 — 91. Jahrgang

Telegr.-Abz.: „Amtblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 12. Oktober 1932

## Der Führer in München.

Der Besuch des Reichskanzlers in München rufte wieder die Absicht der Reichsregierung nach einer Verfassungsreform und der Neufassung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen in Erinnerung. Dabei dürfte allerdings die Staatsvisite des Reichskanzlers in der Hauptstadt Bayerns kaum über das Bestreben hinausgehen, sozusagen „Führer“ in München auszusprechen; denn der „Verfassungsminister“ von Sahl hat ja die Reise nicht mitgemacht, und er ist doch eigentlich „der Nächste dazu“!

In seiner Rede bei der Verfassungsfeier hatte der Reichsinnenminister allerdings auch über die Notwendigkeit gesprochen, daß die staatsrechtlichen Beziehungen zwischen dem Reich und dem Freistaat Preußen anders gestaltet werden müßten, und tatsächlich ist dies ja auch auf dem Wege über das Reichskommissariat in Preußen schon sehr weit vorwärtsgedrungen worden. Daß die Reichsregierung hierin aber ihren Marsch noch erheblich weiter fortsetzen will, geht z. B. aus der Tatsache hervor, daß in drei preussischen Ministerien die Angestellten „vorsorglich“ gekündigt sind, man also mit einer gründlichen Umgestaltung der Behördenorganisation bestimmt rechnen zu können glaubt. Ein anderer Schritt auf diesem Wege war die kürzlich durch Notverordnung erfolgte Hefareisende Abänderung bei den Provinzial-, Kreis- und Kommunalbehörden selbst, wozu man nicht ganz mit Unrecht auf Pläne der Reichsregierung schließen will, die auf eine Art — um einmal das unschöne, aber bezeichnende Wort zu gebrauchen — „Verreichlichung“ Preußens abzielen scheinen. Jedenfalls hatte Herr von Sahl sehr energisch in dem Sinne gesprochen, daß eine Homogenität, eine politische und Verwaltungseinheit zwischen dem Reich und seinem größten Gliedstaat hergestellt werden müßte.

Dadurch würde der Föderalismus im Reich naturgemäß ein ganz anderes Gesicht erhalten, als er es bisher besitzt, geschweige denn, als es dem Reich durch die Weimarer Verfassung gegeben wurde. Der im ersten Entwurf zu dieser Verfassung fast beseltigte, in der endgültigen Gestalt aber weitgehend wiederhergestellte „föderalistische Unterbau“ des Reiches ist durch den Druck der Tatsachen und übrigens den der Verfassungsbestimmungen selbst — namentlich den über die Steuern und Finanzen — schon in recht großem Umfange zerstört worden. Man hatte in Weimar durch die Veseitigung des zahlenmäßigen Übergewichts der preussischen Stimmen im Reichsrat sogar ausdrücklich dafür gesorgt, daß eine „Vergevaltigung“ der anderen Gliedstaaten — wie sie im früheren Bundesrat möglich gewesen war — jetzt nicht mehr stattfinden konnte. Wenn nun nach einem Aufgehen Preußens im Reich künftig die Reichsregierung dort auch unbedingt über die preussischen Stimmen zu verfügen hätte, so wäre das eine Entwicklung, an der namentlich Bayern als zweitgrößter Gliedstaat ein ganz erhebliches Interesse haben muß.

Auch das bisherige verfassungsmäßige Kräfteverhältnis zwischen Reichsregierung und Reichsrat würde ein ganz anderes Aussehen erhalten; außerdem könnten sich dann die Vertreter der norddeutschen Gliedstaaten tatsächlich kaum dem Druck entziehen, den die preussischen „Reichs“vertreter im Reichsrat auszuüben in der Lage wären. Und wenn schließlich die Pläne der Reichsregierung über Schaffung eines „Oberhauses“ verwirklicht werden sollten, dann müßte das natürlich überhaupt eine Revision der verfassungsmäßigen Stellung des Reichsrats herbeiführen, zweifellos in dem Sinne, daß diese Stellung stark eingeschränkt würde. Ein Vergleich mit den Verfassungszuständen der Zeit vor dem 11. August 1919 — dem Tage des Inkrafttretens der Weimarer Verfassung — ist überhaupt nicht möglich, da die „Gewaltenteilung“ ganz anders geworden ist und selbst der Reichsrat längst nicht mehr die rechtlichen Befugnisse des früheren Bundesrates besitzt, vielmehr einen Teil davon — und zwar den entscheidenden — entweder an die Reichsregierung oder den Reichstag, oder aber an den Reichspräsidenten hat abgeben müssen.

Gewiß sind selbst in dem von Aufrubr und Bürgerkrieg umtobten Notbau von Weimar 1919 einige Bestimmungen hineingefügt worden, die auch eine Fortbildung der staatsrechtlichen Beziehungen zwischen „Reich und Ländern“ bzw. zwischen den Ländern selbst ermöglichen, aber bisher wurde davon in beachtenswertem Umfange nur durch die Schaffung Großbürgerens Gebrauch gemacht. Wir hatten in all den wirtschaftlichen, politischen und sonstigen Bedrängnissen der nachfolgenden dreizehn Jahre allzu wenig Zeit zu einer wirklich umfassenden Verfassungsreform „an Haupt und Gliedern“, über deren Notwendigkeit kaum ein Zweifel besteht, — über deren Inhalt es dafür aber um so größere Meinungsverschiedenheiten gibt.

## Französisches Militärflugzeug über deutschem Gebiet.

Ein französisches Militärflugzeug überstog, aus der Richtung des lothringischen Dorfes Wandern kommend, den deutschen Schneberg bei Oberperl. Es überflog dann den südlichen Teil Perls und entschied in Richtung der lothringischen Grenze.

## „Ein neues deutsches Vaterland“

### Papens Staatsbesuch in München.

Reichskanzler von Papen ist zu einem zweitägigen Staatsbesuch der bayerischen Staatsregierung in München eingetroffen. Bei einem Empfang durch das bayerische Gesamtministerium entbot Ministerpräsident Dr. Held dem Reichskanzler herzlichen Willkommensgruß bei seinem Besuch in München. Dr. Held führte dabei aus:

„Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Bekenntnis des Reichskanzlers, daß man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung

die Selbständigkeit der Länder anerkennt und achtet.

Nur so gemeint, gewinnt ein offizieller Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stürmen unserer Tage, die ja vor allem der Selbständigkeit der Länder gegolten haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, Nützlich zu nehmen und zu halten mit den einzelnen Länderregierungen in der Zeit der großen geistigen und wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Es kommt darin die Überzeugung zum Ausdruck, daß das gesamte deutsche Volk zusammenstehen muß, wenn es gilt, dieser Not Herr zu werden. Nur durch treues Zusammenarbeiten und Zusammenstehen ist das große Ziel zu erreichen, Deutschland außenpolitisch zu betreten und innenpolitisch zu einem wahrhaft einigen und glücklichen Volk zu machen.

Reichskanzler von Papen dankte von ganzem Herzen für die freundlichen Worte, die Ministerpräsident Dr. Held ihm gewidmet hatte. Sein Besuch solle viel mehr sein als eine formelle Höflichkeit, er solle ein Symbol dafür, daß in der Tat gerade jetzt in den vielleicht

schwersten Stunden der Nachkriegszeit

wir nur dann zu dem großen gemeinsamen Ziele weiterstreben, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wiederherstellen, wie sie einstens gewesen ist. Sie wissen, daß es von Anbeginn meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder, deren außerordentliche Wichtigkeit und Bedeutung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, den persönlichen Kontakt mit den Ländern zu pflegen und in offener Aussprache über die schwebenden Fragen die Meinungen auszutauschen, die auf dem schweren Wege vor uns liegen.

persönlichen Kontakt mit den Ländern zu pflegen

und in offener Aussprache über die schwebenden Fragen

die Meinungen auszutauschen, die auf dem schweren Wege vor uns liegen.

### Besuch im Bayerischen Landtag.

Reichskanzler von Papen stattierte auch dem Landtagspräsidenten Dr. Stang im Landtagsgebäude einen Besuch ab. Der Landtagspräsident ersuchte den Reichskanzler, auf die besonderen Verhältnisse Bayerns in der Frage der Reichsreform Rücksicht zu nehmen. Er unterbreitete dem Reichskanzler auch die Wünsche der bayerischen Wirtschaft hinsichtlich einer besseren Berücksichtigung bei der Verteilung der Reichsaufträge. Reichskanzler von Papen betonte, Bayern dürfe gewiß sein, daß die bayerischen Verhältnisse in Berlin immer ein offenes Ohr finden werden. Er werde nie vergessen, was die Länder und speziell Bayern für das Reich geleistet haben. Der Reichskanzler schloß mit dem Wunsch auf gemeinsame Arbeit für ein neues deutsches Vaterland.

### Der Kanzler vor der Münchener Presse.

Bei dem Empfang der Münchener Presse im Staatsministerium des Äußeren hielt Reichskanzler von Papen eine Ansprache, in der er erklärte, daß sein Besuch in München mehr sei als ein Höflichkeitsbesuch,

und einen symbolhaften Charakter habe. Er solle dartun, daß die Reichsregierung sich bewußt sei, daß die Lösung der großen und schwierigen Aufgaben nur möglich sei bei der Zusammenfassung all der wertvollen Kräfte im deutschen Volk, die besonders aus der alten tausendjährigen Kultur seiner Länder strömten. Die gegenwärtige Reichsregierung sei sich bewußt, daß die Lösung der großen Aufgabe, die ein neues Deutschland schaffen soll, nur möglich ist, wenn alle Kräfte zur Mitarbeit herangezogen werden. Nicht ein über Zentralismus oder Unitarismus, nicht ein Reich, das von Berlin regiert werde, sondern ein Reich, das regiert werde von den vieltausendfältigen Kräften, die gewachsen seien aus allen Teilen des deutschen Volkes, und die sich zur Mitarbeit anbieten, das sei die Parole.

### Am Nachmittag politische Besprechungen

Reichskanzler von Papen stattierte in München außer dem päpstlichen Nuntius auch dem evangelischen Kirchenpräsidenten, D. Reit, einen kurzen Besuch ab, während er bei dem von München abwesenden Kardinal Faulhaber seine Karte abgab. Mittags fand beim Ministerpräsidenten zu Ehren des Kanzlers im engen Kreise eine Mittagstafel statt. Der Nachmittag war einem Ausflug vorbehalten, der die Gelegenheit zu den vorgesehenen politischen Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und der bayerischen Staatsregierung bot. Am Abend versammelten sich im Hause des Ministerpräsidenten zahlreiche Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Bayerns zu einem Empfang, den der Ministerpräsident zu Ehren des Kanzlers veranstaltete.

### Zusammenarbeit aller tut not!

In dem zu Ehren des Reichskanzlers in München veranstalteten Empfang des Ministerpräsidenten Dr. Held nahmen mit den Angehörigen des diplomatischen Korps, dem Landtagspräsidenten, dem päpstlichen Nuntius, den Mitgliedern des Landtages, den Spitzen der Behörden, dem Reichswehrkommandanten zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und Kunst teil.

Dr. Held begrüßte den Kanzler und verwies darauf, daß in der heutigen ersten Zeit jede Regierung auf den guten Willen des Gesamtvolkes angewiesen sei. Es bestünde alle Veranlassung, daß alle Deutschen gemeinsam zusammenstehen und dazu mithelfen, daß innen- und außenpolitisch wieder bessere Verhältnisse geschaffen werden könnten.

### Reichskanzler von Papen

dankte für die freundlichen Begrüßungsworte. Der Besuch in München sei mehr als ein formeller Akt, die Reichsregierung wolle vielmehr mit diesem Besuch zum Ausdruck bringen, daß die großen und schweren Aufgaben, die vor uns liegen, nur gelöst werden können im Zusammenwirken von Reich und Ländern. Die Reichsregierung sei entschlossen, aus den großen kulturellen Kräften der Länder den Nutzen zu ziehen, der aus ihnen gezogen werden müsse. Wenn die Reichsregierung die wertvollen Kräfte, die den Ländern gewachsen seien, hinter sich zu bringen vermöge, dann könne der Weg in die Zukunft mit Vertrauen beschritten werden. Der Reichskanzler gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Tal der Krise, das wir beschreiten, bald überwunden werden möge und daß der Weg den Berg hinangehen möge, damit die junge deutsche Generation einer besseren Zukunft entgegengeführt werden könne. In diesem Sinne bitte er um die Mitarbeit Aller. Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

### Der Reichskommissar und der Rechtsausschuß.

Im Rechtsausschuß des Preussischen Landtages beantragten die Kommunisten die sofortige Herbeiführung des Reichskommissars. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gegen das Zentrum und die Deutschnationalen angenommen.

Nach einer kurzen Pause teilte der Vorsitzende mit, Dr. Braht habe erklärt, daß er heute nicht im Ausschuß erscheinen könne, jedoch bereit sei, bei Vertagung der Angelegenheit in eine spätere Sitzung des Ausschusses zu kommen, wenn er rechtzeitig benachrichtigt werde.

Der Ausschuß beschloß darauf, sich auf den 8. November zu vertagen und den Reichskommissar rechtzeitig einzuladen.

### Auswärtiger Ausschuß ohne Reichsregierung.

Der Reichstagsauschuß für auswärtige Angelegenheiten, der ebenso wie der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung bis nach den Neuwahlen bestehen bleibt, trat zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den Lausanner Verhandlungen zu beschäftigen. Die Reichsregierung ist bei den Beratungen des Ausschusses nicht vertreten, solange nicht die bekannte Streitfrage der Rechtmäßigkeit der letzten Reichstagsabstimmung geklärt ist. Auch die Deutschnationalen nehmen an den Verhandlungen nicht teil, und das Zentrum entsandte nur einen „Beobachter“.

In einer längeren Geschäftsordnungsansprache wurde von den verschiedensten Seiten die Ansicht vertreten, daß irrendwelsche sachlichen Ver-